

Hermann Schwengel

Geopolitische Orientierungen



Hermann Schwengel

(* 1949) ist Professor für allgemeine Soziologie an der Universität Freiburg i. Br.

hermann.schwengel@soziologie.uni-freiburg.de

Während sich die Krise von der Finanzwirtschaft in die Realwirtschaft, in die Arbeitsverhältnisse und die mentalen Tiefenschichten der Gesellschaft frisst, blüht die Kunst der historischen Periodisierung: Von 1932 und dem New Deal bis zum Ende der 70er Jahre, als ein neuer Liberalismus seinen Aufstieg begann, und von dort bis zur Krise unserer Tage, in der etwas Neues entsteht. Mit guten Gründen wurden von Keynes damals vorgeschlagene, aber nicht verwirklichte Ideen aufgegriffen, wie die nach einer Weltreservewährung, nach einer globalen Bindung von Schuldner und Gläubigern gleichermaßen und einer moralischen Antwort auf die Widersprüche der Zeit. Aber die Welt hat sich verändert. Den Stab des globalen *mediators-in-chief*, den die Vereinigten Staaten seiner Zeit von Großbritannien übernommen hatten, kann heute weder an einen neuen *mediator-in-chief* übergeben werden noch vom alten mehr wahrgenommen werden. Es ist eine Gruppe von *emerging powers* entstanden, welche die globale Vermittlung wesentlich mitbestimmen und eine neue Zweite Welt konstituieren, obwohl sie über keine gemeinsame Ideologie verfügen wie die frühere Zweite Welt der Sowjetunion, dafür aber über einen sich entwickelnden Globalisierungskern. Das ist die erste große Verschiebung. Die zweite ist die Verknüpfung von erweiterter globaler Industrialisierung und ihrer wissensindustriellen Vertiefung, die sich nicht zuletzt an der Klima-, Ressourcen-, Ernährungs- und demografischen Krise zu bewähren hat. Hier bedarf es einer neuen Gewaltenteilung zwischen

der Finanzwirtschaft und den lokalen, nationalen und regionalen Infrastrukturregimes, für die die europäische Ordnung der Dinge beispielgebend sein kann. Die dritte Verschiebung mag erst im Konflikt entstehen, nämlich die zu einer echten Teilhabe der Gesellschaften an der globalen Verflechtung, die nicht nur die Individuen – und ihre Familien – zur Teilnahme am Wettbewerb ermächtigt, sondern die Gesellschaften als ganze zu intermediären Gewalten der Weltgemeinschaft werden lässt.

Geo-Regionalismus und neue Zweite Welt

Es mag wohl sein, dass wir noch eine Weile mit der alten Leitwährung, dem alten Sicherheitsrat und der alten Ausstrahlung der Moderne rechnen müssen, aber die Eisenspäne der Orientierung richten sich auf neue magnetische Pole aus.

Bevor wir uns die Synthesen der 30er Jahre dieses und nicht des letzten Jahrhunderts ausmalen, bedarf es aber der Anerkennung der zentrifugalen Kräfte, welche die Krise auslösen. Für eine kurze Periode zwischen dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der sich selbst steigernden sogenannten Dotcom- und finanzwirtschaftlichen Krise schien es denkbar, dass ein demokratisches Empire wie die Vereinigten Staaten die notwendigen globalen öffentlichen Güter wie Sicherheit, Vermittlung wettbewerbsintensiver Wachstumszonen und die Backformen für globales modernes Leben zur Verfügung stellen könnte. Diese Ideologie hat die Bush-Administration überzogen, aber nicht erfunden. Schon vor der jetzigen Krise hatten aber die Kräfte einer Differenzierung der Weltordnung an Gewicht gewonnen, der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Kapitalismen und Modernitäten, der Konflikt um regionale Führungsrollen und Sicherheitsarchitekturen und die Bedeutung wirtschaftlicher Cluster, metropolitaner Regionen und kultureller Szenen gegenüber globaler Rahmgebung. Konnte man jedoch unter dem Dach eines wohlmeinenden Empires noch die evolutionäre Erwartung haben, dass aus den *emerging markets* allmählich *emerging powers* und schließlich *emerging societies* werden, legt die Krise offen, wie gering die Dichte globaler Interdependenz noch ist. Sowohl das chinesische wie das indische Wachstumsmodell stoßen auf die Widersprüche von Stadt und Land, das brasilianische und südafrikanische auf die von Gleichheit und Ungleichheit und das westliche auf die von hochindividualisiertem Verbrauch und sozialer Teilhabe. Es entsteht so die Drift zu einem weltweiten Regionalismus, der mehr auf der Vielfalt verschiedener Ordnungen und Typen als der verschiedener Orte und Geschichten beruht.

»Die Eisenspäne der Orientierung richten sich auf neue magnetische Pole aus.«

Diesen Prozess, den man mit Karl Polanyi als Öffnung verstehen kann, stehen aber auch Kräfte der Schließung gegenüber wie der Wiedereintritt Chinas und Indiens in die Weltgeschichte. Der Aufstieg der *emerging powers* hatte schon sehr viel früher mit dem flexibilisierten Kapitalismus, der den organisierten ablöste, begonnen. Er setzte sich mit der Energie der Tigerökonomien von Korea und Taiwan, Singapur und Hong Kong fort und ergriff bald auch eine Reihe anderer Ökonomien und Gesellschaften. Aber erst China und Indien haben die Qualität dieses Aufstiegsprozesses geändert. Sie sind große Nationalstaaten wie atomare Mächte, große Märkte wie alte selbstbewusste Zivilisationen zur gleichen Zeit, die sich das Motiv des *re-orient* zu Eigen machen können und andere mit sich ziehen. Aus diesem Jahrzehnte langen Prozess erwächst so eine Dynamik. Aus den Kräften der Öffnung entstand Regionalismus, mit den Kräften der Schließung wird daraus ein *Geo-Regionalismus*. In ihm hat nicht nur China seine regionale Macht, globale Ressourcennetzwerke und globalen institutionellen Einschluss gewonnen, sondern Indien hat nachhaltig seine Präsenz im Indischen Ozean gesteigert, seine kulturelle Ausstrahlung als mediatorer Vermittler gestärkt und ist so von Pakistan weniger besessen als Pakistan von Indien. Aber auch Brasilien ist zu einem *mediator-in-chief* zwischen lateinamerikanischem Populismus wie in Venezuela und Ansätzen eigenständiger lateinamerikanischer Marktvergesellschaftung wie in Chile geworden, an dem im Projekt der Americas auch die Vereinigten Staaten – nicht zuletzt mit Blick auf den inneren demografischen Wandel – nie mehr vorbeikommen werden. Sogar Süd-

afrika wird diese Rolle wieder einnehmen können, wenn es seine politische Integrität nach einer wirklichen Lösung der Simbabwe-Frage zurückgewinnt. Und die russischen Eliten mögen sich nach der georgischen Erfahrung am Ende als geo-regionale Eliten verstehen, die ihre Kraft nicht für überkommene geopolitische Ziele verschwenden. Die geo-regionale Dynamik wird durch die Krise verlangsamt, sie kann aber auch an Intensität gewinnen, in dem die vielfachen Netzwerke, wie etwa das der Shanghai-Gruppe, sich verdichten.

Regionalismus bleibt aber immer ambivalent, vom inneren Widerspruch seiner Kräfte gekennzeichnet und zuweilen gefährlich. Unbefriedet ist er mehr Problem als Lösung. In Europa waren seine Kräfte von Schottland und der Bretagne bis Katalonien und der Lombardei auf den Pol eines *nation building* ausgerichtet, dem sie zustrebten und von dem sie sich zugleich abgestoßen fühlten. Kreativ wurde diese widersprüchliche Erfahrung in wirtschaftliches und kulturelles Selbstbewusstsein, welches die nationalen Träume und Traumata zivilisierte, übersetzt, destruktiv in Separatismus und Gewalt. Die geo-regionalistische Drift unserer Tage ist in Anziehung und Abstoßung nicht mehr auf einen nationalen, sondern auf einen geopolitischen Pol gerichtet. Man möchte an einer geopolitischen Ordnung teilhaben und anerkannt sein, fühlt sich aber vielfach von ihr zurückgewiesen. Zur befriedenden Orientierung bedürfen die geo-regionalistischen Kräfte eines gemeinsamen Horizonts, den einer neuen Zweiten Welt, auf den sich auf bereits mittlere Sicht die alte Erste wie die alte Dritte Welt beziehen können. Als Parag Khanna die Entstehung einer Zweiten Welt vorstellte, schien ihm diese noch als Arena und Reservoir der rivalisierenden neuen Imperien USA, Europäische Union und China, heute sieht er eher eine experimentelle historische Zwischenphase ohne größere Zielhorizonte. Aber die Zweite Welt hat ihre von keinem Imperium mehr abzuweisende Konstitution bereits begonnen, obwohl die empirischen Markt- und Machtverhältnisse noch eine andere Sprache sprechen. Die G20-Formation enthält bei allen Widersprüchen, bei allen umstrittenen Mitgliedschaften und Ausschließungen sowie verdeckten Rivalitäten, das größere Ordnungspotenzial als der UN-Sicherheitsrat. Der wesentliche Grund ist, dass Entwicklung, Sicherheit, Klimaschutz und Regelsetzung zusammengedacht werden müssen, wenn die Sache gelingen soll. Die alte Idee, neben dem Sicherheitsrat einen Sozial- und Entwicklungsrat zu etablieren oder für die verschiedenen Problemlagen jeweils eigene Koalitionen der Willigen zu entwickeln, trägt diesem Zwang zur Synthese nicht Rechnung. Die alte Erste Welt sieht sich genötigt, ihre Blicke auf die noch fiktive Zweite zu richten, die alte Dritte Welt beginnt sich von ihren alten Dritte-Welt-Diskursen zu lösen und auf diese neue globale Mitte zu schauen, auch wenn das zu Binnenkonflikten ihrer Eliten führt. Intellektuell mögen noch eine Weile multilaterale, post-imperiale, multipolare und multikulturelle Metaphern – Hybride ohne Ende – ihr Recht behalten, aber bereits auf mittlere Sicht mögen diese unübersichtlichen Verhältnisse einem neuen Horizont, dem der entstehenden Zweiten Welt, weichen. Insgesamt mag die Globalisierung dabei langsamer werden, manchmal zu Stagnation und Regression führen, aber sie kann auch an intensivem, egalitärem und nachhaltigem Charakter gewinnen. Diese Perspektive nicht als Drohung, sondern als Hoffnung zu empfinden, ist wahrscheinlich der nächstmögliche Fortschritt.

Gewaltenteilung zwischen finanzwirtschaftlichem und infrastrukturellem Regime

Die Gewalt des Fortschritts kann nur durch Gewaltenteilung gezähmt werden. Aber es ist nicht nur die Gewaltenteilung in und zwischen Staaten, Klassen und Produktionsweisen, sondern heute auch zwischen finanzwirtschaftlichen und infrastrukturellen Regimen.

Der finanzwirtschaftliche Sektor hatte in den letzten Jahrzehnten einen geradezu geopolitischen Status erreicht. Anteil an der Wertschöpfung, den Rendite- und Einkommenserwartungen seiner *managerial classes* und der Anerkennung als Führungssektor für die Erschließung der Welt schienen allein ihm Systemrelevanz zuzusprechen. Noch im Bild des Blutkreislaufs, der gegenüber anderen Organen Vorrang genießt, ist diese alte geopolitische Zeit spürbar. Dass dieser Sektor kleiner, rationalisierter und geregelter werden muss, schafft noch keinen Partner und Widerpart, mit dem dieser Sektor eine Gewaltenteilung einzugehen hat.

Die unübersehbare Wiederkehr des Staates stellt keineswegs sicher, dass der Staat auch die notwendigen regulativen Kapazitäten bereithält, um diese Aufgabe zu meistern. Dazu gehören nicht nur administrative und politische Apparate, sondern eine Fülle anderer gesellschaftlicher Einrichtungen, um die auf ihn zulaufenden Aufgaben zu bewältigen. Schon beim nächsten Konjunkturpaket, das eher Strukturpaket heißen sollte, wird sich diese Fähigkeit erweisen müssen. Um von Gewaltenteilung sprechen zu können, wird die staatliche Tätigkeit in breitere infrastrukturelle Regimes eingebettet sein müssen, so wie der Sozialstaat seine Macht erst mit den verschiedenen wohlfahrtsgesellschaftlichen Institutionen tatsächlich zu entfalten in der Lage war. Dazu gehören vitale Kommunen und Städte, ein durchlässiger Bildungssektor und alles, was eine wissensindustrielle Gesellschaft braucht.

Vor allem wird sich die Normbildung von der Rationalität des finanzwirtschaftlichen Sektors zu emanzipieren haben, um eine Gewaltenteilung eingehen zu können. Infrastruktur sind nämlich nicht nur Straßen und Brücken, Breitbandkabel und Schulen, sondern Institutionen der Wert- und Maßstabildung. Nicht allein Technikfolgenabschätzung, sondern Generierung von Technik gehört dazu. Stärkung von Teilhabe und Mitbestimmung und vorausschauende Industriepolitik.

In der Geschichte des Kapitalismus hat es seit Florenz immer wieder Perioden der *financialization* gegeben, in denen der finanzwirtschaftliche Sektor einen überhöhten politischen Status gewinnen konnte. Während reife Industrialisierung und industrieller Austausch Egalität begünstigen, ist in den Zeiten der *financialization* das Gegenteil der Fall. Eine neue Gewaltenteilung von finanzwirtschaftlichem Sektor und Infrastrukturegimes begünstigt deshalb auch eine geringere Spreizung von Vermögen und Einkommen, die mehr als jede kosmopolitische Aufwallung der kulturellen Eliten der Demokratie einen Unterboden schafft. Die Macht der Infrastrukturegimes ermöglicht auch erst eine echte Verknüpfung von sozialer und ökologischer Modernisierung, bevor sich ein erneut erstarkter Finanzsektor allein auf die Ressourceneffizienz stürzt. Für die

»Um von Gewaltenteilung sprechen zu können, wird die staatliche Tätigkeit in breitere infrastrukturelle Regimes eingebettet sein müssen.«

geo-regionale wie die infrastrukturelle Frage ist die Europäische Union die Schlüsselantwort, aber sie ist davon abhängig, dass in den europäischen Gesellschaften ein neues Bewusstsein ihrer selbst erwacht.

Die Renaissance der Gesellschaft

Gewaltenteilung muss gesellschaftlich gelebt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist mit einer rasanten Entwertung zuvor herrschender Diskurse in Politik, Wirtschaft und Kultur verbunden. Gestern verlor die große Erzählung des durchsichtigen Geldes, heute die des effizienten Marktes und morgen die der allein wettbewerbsorientierten Universität an Wert. Max Weber hat Gesellschaft von ubiquitärem Kampf und Gemeinschaft unterschieden. Ihre Ordnungsleistung wird jetzt im globalen Gefüge und in der Gewaltenteilung mit dem finanzwirtschaftlichen Sektor benötigt. Die Kultur erledigt das nicht. Das war lange nicht en vogue. Aber nicht die defensiv gewordene sozialpolitische Gesellschaft kehrt wieder, obwohl wir sie im Einzelnen noch brauchen werden, sondern die aktive Gesellschaft, die sich selbst als intermediäre Gewalt in der globalen Interaktion mit anderen versteht. Intermediäre Gewalten waren in der Hochzeit funktionierender Industriegesellschaften Verbände und Gewerkschaften, Handelskammern und soziale Bewegungen, die wir heute der Zivilgesellschaft zurechnen würden, die im Konflikt Bindung schafften. Heute müssen Gesellschaften als Gesellschaften ihren Platz in der globalen Verflechtung bestimmen, die aufsteigenden Gesellschaften in ihren Widersprüchen verstehen lernen und sich darauf einstellen. Politische Mehrheiten werden sich an diesen Fragen bilden müssen, wenn Mehrheitsbildung und Demokratie die Fragen der Zeit beantworten wollen. Lokales Wissen und geopolitische Orientierung müssen in der Ersten, der Zweiten und der Dritten Welt gleichermaßen erst noch zusammenfinden. Aus den liberalen Rechten sind nach langen Konflikten soziale hervorgegangen. Die Entwicklung globaler Rechte ist auf dem Wege. Gesellschaften sind die dicken Knoten in den Netzwerken globaler Rechtsbildung.

(Vgl. auch: Hermann Schwengel, Die Renaissance der Gesellschaft, in: Jan Nederveen Pieterse/Boike Rehbein, Globalization and Emerging Societies, Palmgrave, Bathing Stoke 2009).